Jahresbericht

Themen eines Jahres

OSWALD VON NELL-BREUNING
INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTS- UND
GESELLSCHAFTSETHIK

DER PHILOSOPHISCH-THEOLOGISCHEN
HOCHSCHULE SANKT GEORGEN

Impressum :

OSWALD VON NELL-BREUNING
INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTS- UND
GESELLSCHAFTSETHIK

DER PHILOSOPHISCH-THEOLOGISCHEN
HOCHSCHULE SANKT GEORGEN

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany

Telefon 069 6061 230
Fax 069 6061 559

eMail nbi@sankt-georgen.de
Internet www.sankt-georgen.de

Dieser Jahresbericht wurde von der Umweldruckerei (Hannover) gedruckt.

1 Editorial

Der durch die Finanzkrise ausgelöste Konjunktureinbruch und die krisenbedingten Sonderausgaben haben die öffentlichen Haushalte einiger Euro-Staaten in die Bredouille gebracht – und Europa insgesamt eine extreme Dominanz austeritätspolitischer Positionen beschert: Kürzungen bei den Sozialausgaben, der Infrastruktur und der öffentlichen Beschäftigung, damit die Schulden der öffentlichen Hand bei Finanzinstituten und vermögenden Gläubigern auf jeden Fall bedient werden! Zumindest in der milderen Jahreszeit wuchs in dem Maße, wie diese unbarmherzige Logik des Finanzkapital(ismus) offenbar wurde, zugleich auch der öffentliche Protest.

Auch 2011 mangelte es also nicht an brisanten Themen für sozialethische Reflexionen. Das gilt für den Euro und die öffentlichen Haushalte, aber auch für die dramatische Prekarisierung der Erwerbsarbeit in Deutschland und weltweit, die über das Management der Finanz- und Schuldenkrise kaum noch wahrgenommen wird. Diese Entwicklungen und die weiter schwelende Kirchenkrise spiegeln sich in den Leseproben aus den Arbeitsbereichen der Mitarbeiter wider, die wir zu den vorliegenden „Themen eines Jahres – 2011“ zusammengestellt haben. Ergänzt werden diese Texte durch Hinweise auf unsere Veröffentlichungen und Kooperationsveranstaltungen. Weitere Informationen zu unserer Arbeit können Sie in unserem ergänzenden Rechenschaftsbericht nachlesen, den wir wieder auf unserer Homepage eingestellt haben, den Sie aber auch gerne bei uns bestellen können.

Freude beim Blättern und Lesen in dem vorliegenden Jahresbericht, der erstmals in einem neuen Design erscheint,

wünscht Ihnen

das Team des Nell-Breuning-Instituts

Inhalt

1 Editorial 3

2 Das Institut 6

3. Themen eines Jahres

3.1 Kolloquium zur Postwachstumsgesellschaft 8

3.2 Die „Stimme der Märkte“ lockt die politische Klasse auf eine Nebenspur 10
(Friedhelm Hengsbach SJ)

3.3 Öffentliche Pleite – privater Reichtum? Wirtschaftsethische Anmerkungen 12
(Wolf-Gero Reichert)

3.4 Menschenwürdige Arbeit – die Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 14
(Markus Demele)

3.5 Gerechte Arbeit 18
(Bernhard Emunds)

3.6 Religion und Kirche im Umbruch 22
(Thomas Wagner)

4 Partner und Projekte 26

5 Publikationen 30

6 Das NBI in den Medien 38

7 Wer mehr wissen will… 42

2 Das Institut

Das Jahr 2011 war am Nell-Breuning-Institut sowohl von Wandel als auch von Konstanz geprägt. Eine einschneidende Veränderung war der Abschied von Dr. Thomas Wagner, der nach 7 Jahren am NBI ins „Haus am Dom“, der katholischen Akademie in Frankfurt am Main, gewechselt ist und dort nun als Weltanschauungsbeauftragter des Bistums Limburg arbeitet. Markus Demele und Wolf-Gero Reichert dagegen sind weiterhin am Institut tätig.

Nun schon seit April 2010 ist Uwe Schacher Mitarbeiter des Instituts. Er hat in Nürnberg an der Evangelischen Stiftungsfachhochschule Sozialarbeit und Sozialpädagogik studiert. Danach studierte er in Frankfurt am Main an der Goethe-Universität Erziehungswissenschaft, Psychologie und Soziologie. In seiner Dissertation befasst er sich mit pädagogischer Handlungsplanung. Im Oswald von Nell-Breuning-Institut ist er verantwortlich für das empirische Projekt über irreguläre Pflege in Privathaushalten, das von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird.

Des Weiteren bearbeitet Frau Silke Lechtenböhmer seit September 2011 ein empirisches Projekt im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz und erhebt Daten über den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Theologie. Sie hat Philosophie und katholische Theologie in Sankt Georgen und am Heythrop College in London studiert und arbeitet an einer Promotionsschrift zu einem religionsphilosophischen Thema an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Bei den wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften gab es im letzten Jahr glücklicherweise eine große Konstanz: Florian Behrens, Prisca Patenge, Leslie Seymor und Imogen Stühler sind mittlerweile ein eingespieltes Team. Ergänzt wird dessen Arbeit durch die wirtschaftswissenschaftlichen Recherchen von Benjamin Tumele.

Prof. Dr. Bernhard Emunds

Leiter des Instituts

Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie

E-Mail nbi@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 230

Arbeitsschwerpunkte:
- Grundlagen der Wirtschafts- und der christlichen Gesellschaftsethik
- Theorie und Ethik der Finanzwirtschaft
- Ethik der Arbeit und des Sozialstaats

Prof. em. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ

Ehemaliger Leiter des Instituts

E-Mail nbi@sankt-georgen.de
Tel 0621 5999 0

Arbeitsschwerpunkte:
- Theorie demokratischer Marktwirtschaften
- Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherungssysteme
- Wirtschafts- und Arbeitsethik

Uwe Schacher

Projekt-Mitarbeiter

Dipl. Päd. (Uni.)/Dipl. Soz.Päd. (FH)

Silke Lechtenböhmer

Projekt-Mitarbeiterin

Dipl.-Theologin, M.A. (Philosophie)

Markus Demele

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Betriebswirt (BA), Dipl.-Theologe

E-Mail demele@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 369

Arbeitsschwerpunkte:
- Ethik der Arbeit und der internationalen Arbeitsteilung (u.a. Decent Work, ILO)
- Entwicklungstheorie und -politik
- Globale Gerechtigkeit (Schwerpunkt Afrika)
- Unternehmens- und Wirtschaftsethik
- Kirchliche Sozialverkündigung und sozialethische Grundlagen

Wolf-Gero Reichert

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Dipl.-Theologe, Volkswirt und Philosoph (M.A.)

E-Mail reichert@sankt-georgen.de
Tel 069 6061 642

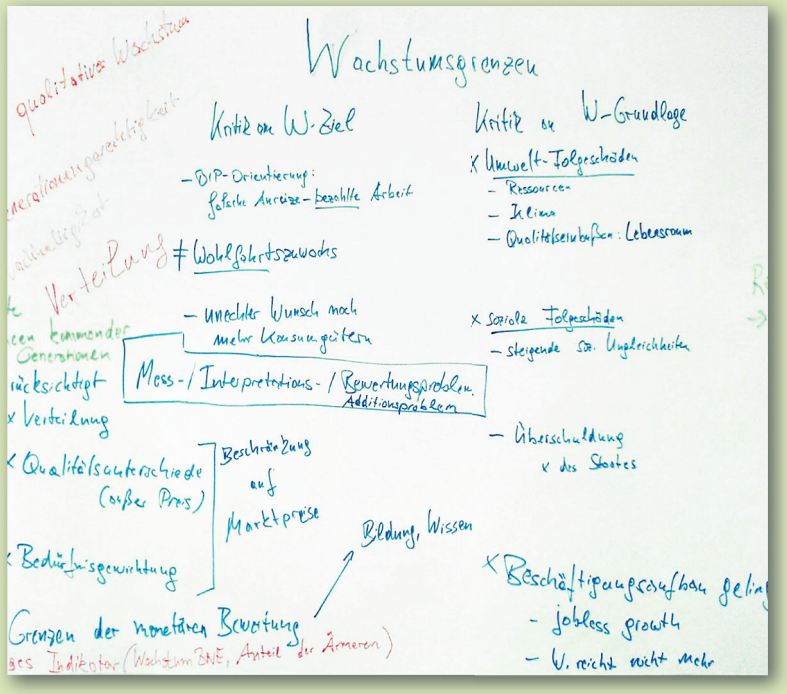
Arbeitsschwerpunkte:
- Ethik der Finanzmärkte
- Ethik des Pflegemarktes
- Wirtschaftsethik
- Gerechtigkeitstheorie/sozialethische Grundlagen

Florian Behrens, Prisca Patenge, Leslie Seymor, Imogen Stühler, Benjamin Tumele

Wissenschaftliche und Studentische Hilfskräfte

Von links: Florian Behrens, Leslie Seymor, Friedhelm Hengsbach, Imogen Stühler, Markus Demele, Prisca Patenge, Bernhard Emunds, Wolf-Gero Reichert

3 Themen eines Jahres



3.1 Kolloquium zur Postwachstumsgesellschaft

An zwei regnerischen Tagen im April trafen wir uns mit einigen Mitdiskutanten, um der sog. „Postwachstumsdebatte“ einmal auf den Grund zu gehen. Angesichts der neuen Bundestags-Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, standen Fragen im Zentrum wie: Gibt es in modernen Ökonomien tatsächlich so etwas wie einen Wachstumszwang? Wenn ja, worin ist dieser begründet? Und aus sozialethischer Perspektive natürlich: Wie kann, wie soll diesem Zwang begegnet werden?

Zunächst lernten wir die bestimmenden Positionen des öffentlichen Diskurses kennen: von Angelika Zahrnts ökologisch motivierter Wachstumskritik über Meinhard Miegels konservative Suche nach Wohlstand ohne Wachstum hin zur radikal-demokratischen Postwachstumsgesellschaft von attac-Ratsmitglied Alexis Passadakis. Im Anschluss wurden sozialwissenschaftliche Analysen herangezogen, um das Verständnis der Wachstumsprozesse in Volkswirtschaften zu vertiefen. Neben wirtschaftswissenschaftlichen Deutungsangeboten, die den Wachstumsmotor entweder im Konsum (Inge Røpke) oder im Bankensystem (Hans-Christoph Binswanger) verorten, wurden auch die Fragen thematisiert, ob Wachstum etwa nur ein Statistikphänomen sei (Hans Diefenbacher) oder ob eine Abkopplung von Wachstum und Ressourcendurchsatz möglich sei (Ernst Ulrich von Weizsäcker).

Kontrovers wurde anschließend darüber diskutiert, wofür es denn aus sozialethischer Perspektive überhaupt Wachstum brauche. Neben dem klassisch volkswirtschaftlichen Verständnis, dass Wachstum den Wohlstand der Gesamtgesellschaft mehrt (Eberhard Koerber), boten Thomas Pogge („Wachstum nur, wenn es den Armen nützt!“) sowie Matthias Möhring-Hesse („Eine gerechte Verteilung erfordert eigentlich gar kein Wachstum!“) weiterführende Perspektiven. In der Abschlussdiskussion stand die Diagnose im Mittelpunkt, dass sich im Postwachstumsdiskurs offenbar ganz verschiedene Ansätze zusammenfinden, die ihren gemeinsamen Bezugspunkt lediglich in einem Unbehagen am Zustand des derzeitigen ökonomischen Systems finden. Dabei überrascht es freilich nicht, dass sich die herkömmlichen politischen Fronten auch in der Postwachstumsdebatte wiederfinden. Die Provokation von Thomas Hecken, ob es sich im Grunde nicht um eine Debatte wohlhabender Lifestyle-Ökos handle, die die wirklich drängenden Fragen wie Armut oder Exklusion ausblenden, zeigt freilich, dass auch diese in der Öffentlichkeit so einflussreiche Debatte der sozialethischen Begleitung und Kritik bedarf.

Text: WOLF-GERO REICHERT

3.2 Die „Stimme der Märkte“ lockt die politische Klasse auf eine Nebenspur

FRIEDHELM HENGSBACH SJ

Vom EU-Gipfel in Brüssel, dem 16. Krisentreffen innerhalb zweier Jahre, gingen Anfang Dezember 26 Repräsentanten zufrieden nach Hause. Die Bundeskanzlerin sprach vom „Durchbruch zur Stabilitätsunion“. Kein Paukenschlag sei es gewesen, aber „ein wichtiger weiterer Schritt auf einem langen Weg“.

Vor und nach dem Gipfeltreffen rätselten die Medien darüber, wie die Stimme der Märkte auf die Beschlüsse der Regierenden reagiert. Aber was ist die Stimme der Märkte? Wer leiht den Finanzmärkten seine Stimme? Es sind nicht die Millionen Kleinaktionäre, sondern Anteilseigner, deren Geldvermögen in Millionen- und Milliardenhöhe geklettert ist, sowie „institutionelle Intermediäre“, nämlich Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds. Unter diesen sind die Banken und jene Finanzinstitute, die sich der öffentlichen Aufsicht entziehen, dominant. Mit ihrer Kapitalmacht beherrschen sie die so genannte Stimme der Märkte. Ein Finanzmanager nannte sie die „5. Gewalt in der Demokratie“.
Der Stimme der Märkte traut man zu, dass sie ein untrügliches Signal für Chancen und Risiken zukünftiger Geldströme und Geldanlagen sei. Dass sie über die rationalen Erwartungen der Kapitaleigner und deren Nutzen/Kostenkalkül informiere und deren Entscheidungen steuere. Sie sei „informationseffizient“, hieß es, bis die metastasierende Finanzkrise dieser Legende ein Ende setzte. Danach sprach man von irrationalem Überschwang, emotionsgeladenen Übertreibungen, kollektiver Ansteckung und Herdenverhalten.

Treiben die Akteure der Kapitalmacht die demokratisch legitimierten Regierungen vor sich her? Ja, solange diese sich treiben lassen. Sie tun es, indem sie sich den Vorwurf der privaten Kapitaleigner zu Eigen machen, sie selbst seien die Verursacher der Staatsverschuldung, die zur zweiten Stufe der Finanzkrise mutiert ist. Es waren doch die Staaten, die die schuldenfinanzierte Aufblähung privater Geldvermögen, welche die explosive Kreditvergabe der Banken befeuert hatte, vor der Vernichtung bewahrt haben. Folglich ist die Erregung der privaten Finanzakteure über die öffentliche Verschuldung irrational. Im Verhältnis zum Umsatzvolumen der Devisen-, Aktien- und Derivatemärkte betrug der Umsatz auf den Anleihemärkten 2010 keine 2%. Neben den Devisen- und Rohstoffmärkten waren die peripheren Länder des Euroraums das begehrte Spielfeld spekulativer Finanzjongleure, die von jenen Geldströmen getrieben wurden, mit denen die Zentralbanken das Bankensystem seit 2008 überschwemmt haben.

Hat der Krisengipfel der EU-Staaten, dem weitere folgen werden, den elementaren Konflikt zwischen privaten Kapitaleignern und den Staaten zugunsten des demokratischen Souveräns entschieden? Vermutlich nicht.

Erstens schwächt die konfrontative Haltung gegenüber Großbritannien die Eurostaaten selbst. 1990 gab es für zwei EU-Staaten eine rechtliche, später für einen EU-Staat eine faktische Ausnahmeregel. Eine empfundene deutsche Dominanz ist mit der rechtlichen Gleichstellung der Eurostaaten nicht vereinbar und für diese auch nicht zumutbar.

Zweitens wirkt die moralisierende Sprache der wirtschaftlich Starken und Mächtigen, die gegen „Defizitsünder“ gerichtet ist, abstoßend. Sie ist auch unsachgemäß, weil die Ungleichgewichte des Euroraums nicht ohne Beteiligung von Überschussländern entstehen.

Drittens wird der Konstruktionsfehler der Währungsunion, nämlich abweichende Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungsoptionen der Einzelstaaten nicht beseitigt. Eine Stabilitäts- oder Fiskalunion bleibt auf die monetäre Sphäre von Gläubiger-/Schuldnerbeziehungen fixiert.

Viertens beschleunigt die Knebelung öffentlicher Haushalte und öffentlicher Güter eine doppelte reale Umverteilung: vom öffentlichen in den privaten Sektor und von den einfachen Leuten zu den Wohlhabenden. Sie blockiert die Transformation einer Gesellschaft, die neben materiellem Wohlstand eine höhere Lebensqualität anstrebt.

Fünftens gerät die Architektur eines Währungsraums aus dem Blick, der dem Bretton-Woods-Regime nachgebildet ist. Darin kooperieren arbeitsteilig eine Zentralbank, welche die Geldversorgung gewährleistet, und ein Währungsfonds, der die Ungleichgewichte zwischen den Staaten abfedert. Die Deutschen propagieren zwar eine scharfe Trennung zwischen Geld- und Finanzpolitik, dulden aber deren fließende Grenzen, entlang derer die Zentralbank von neuem Liquidität ins Bankensystem flutet und die Geschäftsbanken den Ankauf riskanter Staatsanleihen übernehmen.

Sechstens wird weiterhin vermieden, öffentliche Schulden zu erlassen und zugleich private, vor dem Platzen der Blase aufgeblähte Vermögen zu beschneiden. Staatliche Verschuldung und private Vermögen, Schuldner und Gläubiger entsprechen einander. Selbst in zehn Euroländern übersteigt der Anteil des privaten Nettogeldvermögens am Bruttoinlandsprodukt die staatliche Verschuldungsquote. Ohne einen öffentlichen Schuldenschnitt und einen gleichzeitigen privaten Forderungsverzicht ist eine faire Konfliktlösung zwischen privater Kapitalmacht und demokratischer Souveränität kaum vorstellbar.

(Erschienen in: Aachener Nachrichten, 21.12.11, S.2.)

3.3 Öffentliche Pleite – privater Reichtum? Wirtschaftsethische Anmerkungen

WOLF-GERO REICHERT

Es klingt völlig paradox: Die Bundesrepublik Deutschland ist so reich wie noch nie. Zugleich war sie noch nie so verschuldet wie derzeit. Gleiches gilt für eine Vielzahl von Ländern, angefangen von Japan bis zu den USA. Man muss genauer hinschauen, was gemeint ist, wenn gesagt wird, ein Land ist verschuldet oder besonders reich. Auf der einen Seite sind es einige BürgerInnen und private Unternehmen, die immense Einkommen bzw. Gewinne verzeichnen und hohe Vermögenspositionen aufbauen konnten. Auf der anderen Seite stehen zum einen die Regierungen, die zur Deckung ihrer Ausgaben stetig Schulden aufnehmen. Vor allem im Zuge der Finanzkrise haben sie sich kräftig verschuldet, um die Konjunktur zu stützen, Arbeitslosenunterstützung zu gewähren und die Banken zu retten. Zugleich ging die Wirtschaftsleistung zurück, womit Steuereinnahmen weggebrochen sind. In der EU stehen Länder wie Irland, Portugal oder Griechenland auch deshalb vor der Zahlungsunfähigkeit. Zum anderen ist es aber auch ein bedeutender Teil der Bevölkerung, dessen Schuldenlast immer schwerer wird. Dieser Bevölkerungsteil besteht in erster Linie aus Arbeitnehmern. In Deutschland entsprechen die Schulden der privaten Haushalte in etwa dem Inlandsprodukt eines Jahres, bei den Briten ist es gar das Anderthalbfache des BIP. Besonders paradox ist die Lage in den Vereinigten Staaten: Auf der einen Seite drohte bis vor kurzem die Zahlungsunfähigkeit der Regierung, auf der anderen Seite besitzt dort 1% der Bevölkerung fast 40% des Volksvermögens.

Besonders unglücklich ist in dieser Situation die Rolle der Ratingagenturen, die sich als Richter über die Haushaltsführung der Staaten aufspielen und mit ihren Bewertungen längst mehr Einfluss ausüben als manch gewählter Volksvertreter. Ihre scheinbar so objektiven Analysen sind jedoch kurzsichtig und blind. Blind, da sie die Herkunft eines großen Teils der Staatsschulden nicht wahrnehmen. Jenes Teils nämlich, der aus der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise resultiert, an deren Zustandekommen sie selbst nicht ganz unschuldig waren. Kurzsichtig, da sie derselben Logik bei Staaten wie bei privaten Haushalten folgen. Doch der einseitige Blick auf die Haushaltskonsolidierung, der es in Kauf nimmt, dass ganze Volkswirtschaften aufgrund einbrechender Nachfrage und fehlender Gewinnaussichten auf eine Rezession zusteuern, offenbart ihre Unfähigkeit zur gesamtwirtschaftlichen Betrachtung: Nur durch eine wachstumsorientierte Politik, bei der ein bedeutender Teil der generierten Einkommen bei den Arbeitnehmern landet (welche schließlich diejenigen sind, die ihrer Steuerpflicht am effektivsten nachkommen), kann dauerhaft das Steueraufkommen erhöht und der Haushalt ausgeglichen werden. Dabei ist die Situation wiederum äußerst paradox: Die Ratingagenturen sind nicht aus eigener Kraft so mächtig, sondern weil die Regierungen sie zu halböffentlichen Institutionen aufgewertet haben: Alle Banken und Versicherungen sowie viele Investmentfonds sind gesetzlich verpflichtet, die Bewertungen von Ratingagenturen bei ihren Anlageentscheidungen zu beachten.

Die Position der Christlichen Sozialethik ist hierbei eigentlich unstrittig. Nach der Option für die Armen kommt es darauf an, dass politische Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie den am schlechtesten Gestellten in einer Gesellschaft von Nutzen sind. Was das jeweils im Detail erfordert, ist freilich strittig. Allerdings kommt man angesichts der derzeitigen paradoxen Situation – öffentliche Zahlungsunfähigkeit, privater Reichtum – kaum umhin, festzustellen, dass die geplanten Reformen äußerst ungerecht sind. Die einseitige Politik der Einsparung durch Kürzungen im sozialstaatlichen Bereich, wie sie von Griechenland bis zu den USA zu beobachten ist, trifft vor allem diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind: die Armen einer Gesellschaft. Zugleich darf scheinbar nicht daran gedacht werden, dass der private Reichtum durch Steuererhöhungen an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligt wird. Dabei gäbe es zumindest zwei Maßnahmen, die relativ einfach umzusetzen wären, deren Effekt aber sicherlich recht groß wäre: Erstens müssten einfach die Bewertungen der Ratingagenturen aus allen Reglements für die Finanzwirtschaft gestrichen werden. Zweitens würde die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor allem die Krisenverursacher belasten, rein spekulative Finanzgeschäfte teurer machen und zugleich öffentliche Einnahmen generieren, die zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden könnten.

Die Welt muss nicht so paradox bleiben, wie sie derzeit eingerichtet ist: An die Chance grundlegender Veränderung erinnern uns die Propheten, wenn sie von ihren Visionen einer möglichen anderen Welt sprechen.

(Erschienen in: August-Ausgabe des BDKJ-Magazins Fulda)

3.4 Menschenwürdige Arbeit – die Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

MARKUS DEMELE

Bisher hat es nur einmal die Programmatik einer internationalen Organisation geschafft, nahezu wörtlich in einer päpstlichen Sozialenzyklika zitiert zu werden. In *Caritas in Veritate*, der jüngsten Sozialenzyklika Benedikt XVI., wird in der Nr. 63 nicht nur die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) namentlich genannt, sondern es werden auch ausführlich die Kernthesen ihrer *Decent Work Agenda* wiedergegeben. Schon Johannes Paul II. wies in seiner Rede vor der 68. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz, dem höchsten Beschlussgremium der ILO, 1982 auf die Parallelen der katholischen Sozialtradition und den Anliegen der ILO hin. Und tatsächlich teilen der Ursprung der ILO und die Beschäftigung der Sozialenzykliken mit dem arbeitenden Menschen eine fundamentale Erkenntnis. Als 1919 die ILO, später die erste UN-Sonderorganisation, gegründet wurde, fa sste sie unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges ihr Programm in die Inschrift des Grundsteins ihres Gebäudes in Genf: *si vis pacem, cole justitiam* – Wenn Du den Frieden willst, sorge für Gerechtigkeit (Senghaas-Knobloch 2007: 2). Einen ähnlichen Konnex stellte auch Paul VI. 1967 in seiner Enzyklika *Populorum Progressio* (Nr. 76) her, wenn er *Entwicklung als den neuen Namen für Frieden* bezeichnet.

Mit seinem Antritt als neuer Generalsekretär 1999 legte Juan Somavia das Decent Work Konzept als neue Darstellung der ILO-Programmatik vor. Im Deutschen wird der Titel des englischen Originaltextes *Decent Work* mit *Menschenwürdige Arbeit* wiedergegeben. *„Decent“* meint jedoch in erster Linie die „Konformität mit allgemein anerkannten Standards der Moral und des Anstands“ und wird umgangssprachlich im Sinne von *„anständig“* oder *„sittsam“* verwendet. Damit nimmt das englische Original stärker Bezug auf normative Vorstellungen des Guten. Während die direkte Übersetzung von *Decent Work* also *Anständige Arbeit* lauten müsste, wird mit der im Deutschen gewählten Übersetzung *Menschenwürdige Arbeit* bereits der Bezugsrahmen einer normativen Orientierung mittransportiert; nämlich die Menschenwürde als Maß avisierter Arbeits- und Sozialstandards.

Inhaltlich ruht die Decent Work Agenda auf vier Säulen. Die Bereiche (1) Menschenrechte und Arbeit, (2) Beschäftigung und Einkommen, (3) Stärkung des Sozialschutzes und der sozialen Sicherheit sowie (4) Stärkung des Sozialdialogs bilden die sog. Programmprioritäten der Agenda. Die erste Säule formuliert den Einsatz für die 1998 beschlossene und für alle ILO-Mitgliedsländer verbindliche *Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen*. Darin werden die Vereinigungsfreiheit und die Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen, die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, die tatsächliche Abschaffung der Kinderarbeit sowie die Beseitigung von Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf als Menschenrechte im Bereich der Arbeit formuliert. Die zweite Säule nimmt Bezug auf das 1966 beschlossene *Übereinkommen zur Beschäftigungspolitik* (Nr. 122) sowie die Erklärung des Weltgipfels für soziale Entwicklung 1995. Wirtschaftspolitik soll in den Mitgliedsstaaten primär als Beschäftigungspolitik betrieben werden. Konkret bedeutet dies die Empfehlung einer tendenziell keynesianisch-nachfrageorientieren Fiskalpolitik. Regierungen müssen die makroökonomischen Politiken am Beschäftigungszuwachs orientieren, die Veränderungen der Unternehmensstrategien und Produktionssysteme im Globalisierungsprozess begleiten sowie allen Menschen gleichberechtigt Zugang zu Beschäftigung verschaffen. Auch in der dritten Säule werden in erster Linie die Regierungen in die Pflicht genommen. Der Staat hat gemäß der Verfassungen der meisten Mitgliedsstaaten Sorge zu tragen für die soziale Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Decent Work Agenda sieht in der fortschreitenden Internationalisierung der Wertschöpfung eine Erosion verschiedener Formen sozialer Sicherheit und fordert daher „mehr und besseren Sozialschutz“. Zur sozialen Sicherheit zählt die ILO eine medizinische Grundversorgung für alle Menschen, Zahlungen von Krankengeld, Arbeitslosengeld, Altersrente, (Arbeits-)Unfallversicherung, Mutterschaftsgeld sowie Berufsunfähigkeitsrente. Während in Deutschland klassisch nur Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften als Sozialpartner gelten, bezieht die vierte Säule der Agenda auch die Regierungen in den Sozialdialog mit ein. Sozialer Dialog ist im Jargon der UN-Organisationen ein

politisch weiter Begriff, der „alle Arten von Verhandlungen, Beratungen oder den einfachen Informationsaustausch zwischen oder unter Vertretern von Regierungen, Arbeitgebern oder Arbeitnehmern bzgl. gemeinsamer Angelegenheiten betreffend der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ meint (Arrigo et al. 2005: 238). Die Forderung nach einer Stärkung des Sozialdialogs bildet den vornehmlichen Eintrittspunkt der Zivilgesellschaft, von NGOs und Kirchen in die Dialog- und Beratungsprozesse der ILO. Die Agenda benennt vier Optionen, um den sozialen Dialog international zu fördern: erstens das wirksame Eintreten der Politik für den Sozialdialog, zweitens die Stärkung der Sozialpartner, drittens die Bildung von Bündnissen mit Gruppierungen der Zivilgesellschaft und viertens der Hinweis auf Beispiele eines erfolgreichen Sozialdialogs und guter Arbeitsbeziehungen.

Neben vielen Implementierungswegen der Decent Work Agenda (Durchsetzung via OECD Richtlinien, Etablierung eines internationalen Arbeitsgerichtshofs, Unterstützung der ILO-Landesprogramme in Entwicklungsregionen) hat auch die katholische Sozialtradition Hinweise gegeben, wie z.B. solchen Unternehmen beizukommen ist, die sich den Zielen der ILO-Agenda verweigern: Sie hat wiederholt die Sozialpflichtigkeit des Eigentums betont und für die Fälle, in denen das Privateigentum der Überwindung von Armut und Arbeitslosigkeit im Wege steht, sogar Enteignungen befürwortet. „Das Gemeinwohl verlangt deshalb manchmal eine Enteignung von Grundbesitz, wenn dieser wegen seiner Größe, seiner geringen oder überhaupt nicht erfolgten Nutzung, wegen des Elends, das die Bevölkerung durch ihn erfährt, wegen eines beträchtlichen Schadens, den die Interessen des Landes erleiden, dem Gemeinwohl hemmend im Wege steht“ (so Papst Paul VI. in *Populorum Progressio* Nr. 24). Wenn die unterlassene oder gemeinwohlhinderliche Nutzung des Produktionsfaktors Boden eine gerechte und angemessene Enteignung rechtfertigt, warum sollte dies bei einer gemeinwohlschädlichen Nutzung der menschlichen Arbeit anders sein? Nationalstaaten stehen als Erste in der Pflicht, die Wahrung von Arbeitnehmerrechten zu kontrollieren. Werden wiederholt nachhaltige Verstöße gegen die Standards menschenwürdiger Arbeit registriert, sind geordnete Enteignungen der Kapitaleigner möglich und ratsam. In diese Richtung weist auch Johannes Paul II. in der Enzyklika *Centesimus Annus*: „Das Eigentum an Produktionsmitteln […] wird rechtswidrig, wenn es nicht produktiv eingesetzt wird oder dazu dient, die Arbeit anderer zu behindern, um einen Gewinn zu erzielen, der nicht aus der Gesamtausweitung der Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums erwächst, sondern aus ihrer Unterdrückung, aus der unzulässigen Ausbeutung, aus der Spekulation und aus dem Zerbrechen der Solidarität in der Welt der Arbeit“ (CA 43).

Die Decent Work Agenda kompiliert soziale Standards einer gerechten und guten Arbeitswelt. Als politisches Programm ist sie an viele philosophische, sozialethische und religiöse Traditionen anschlussfähig. Derzeit ist sie noch eine Agenda im wahrsten Sinne des Wortes. Sie formuliert das „zu Tuende“, das „zu Treibende“.

(Kurzfassung eines Artikels aus: Amosinternational 2/2011, S.36-41)

3.5 Gerechte Arbeit

BERNHARD EMUNDS

Die Finanz- und Schuldenkrise hält die Politiker und die politische Öffentlichkeit derart in Atem, dass die anhaltenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr wahrgenommen werden. Trotz des Rückgangs in den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit zweieinhalb bis drei Millionen nach wie vor sehr hoch. Hinzu kommt, dass einige der beschäftigungspolitischen Bemühungen der letzten Jahrzehnte die Ausbreitung von Sonderformen der Erwerbsarbeit sowie der Armut trotz Erwerbsarbeit stark gefördert haben. In den 1990er Jahren und bis 2006 war in Deutschland der Niedriglohnsektor sehr schnell gewachsen; seitdem ist er auch in konjunkturell guten Monaten nicht wieder geschrumpft. Mit diesen Entwicklungen kommt der ethischen Reflexion auf Mindeststandards einer gerechten Organisation der Erwerbsarbeit besonderes Gewicht zu. Der vorliegende Versuch, solche Mindeststandards zu bestimmen, setzt bei den Aufgaben an, die in der deutschen Gesellschaft der Erwerbsarbeit zugewiesen werden. Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie selbst oder wenn andere sich an der Erwerbsarbeit beteiligen? Gerecht kann nur eine Erwerbsarbeit sein, welche diese in der Gesellschaft – allgemein oder zumindest doch weithin – anerkannten Erwartungen zufriedenstellend erfüllt.

Obwohl die Erwerbsarbeit grundlegend von dem Zwang der abhängig Beschäftigten geprägt ist, zur Sicherung des Lebensunterhaltes anderen die Verfügung über die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen, hat sich die deutsche Gesellschaft grundlegend als Arbeitsgesellschaft organisiert. Das bedeutet, dass die Beteiligung an der Erwerbsarbeit nicht nur für das *Einkommen* und für die *soziale Sicherheit* von Frauen und Männern zentral ist, sondern u.a. auch für ihre *Integration* in die Gesellschaft. Für letztere ist es von besonderer Bedeutung, dass die Frauen und Männer etwas zur Gesellschaft beitragen können, das von anderen als wertvoll anerkannt wird, und dass sie dafür ein Entgelt erhalten, von dem sie selbst mit ihrer Familie leben können. Als gleichberechtigte Glieder unserer Gesellschaft sehen sich nur diejenigen anerkannt, die nicht von der Gemeinschaft ohne Gegenleistung „alimentiert“ werden müssen. (…)

Eine Erwerbsarbeit kann nur dann ein zufriedenstellendes Instrument sozialer Integration sein, wenn sie nicht gegen das Gebot moralischer Gleichheit verstößt, das für das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger einer demokratischen Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist: Wir anerkennen uns wechselseitig als Gleiche, als Menschen mit gleicher Würde und gleichen Rechten. Deshalb soll jeder, den wir als zu unserer Gesellschaft zugehörig anerkennen, auch gleichberechtigt dazugehören; er soll *gleichberechtigt* integriert sein. (…) *Solange* die arbeitsgesellschaftlichen Strukturen fortbestehen, impliziert das Recht auf gleichberechtigte Integration das ethische, wenn auch nicht juristisch einklagbare Recht auf eine Erwerbsarbeit, die als Mittel zur gleichberechtigten Integration geeignet ist.

Der Zusatz, dass das Arbeitsverhältnis als Mittel der gleichberechtigten Integration geeignet sein muss, ist bedeutsam; denn seit etwa 20 Jahren besteht eine wichtige, wenn nicht sogar *die* dominante politische Strategie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit exakt darin, Sonderformen der Erwerbsarbeit zu ermöglichen oder gar zu fördern, die für die Arbeitgeber billiger als reguläre Arbeit sind. Hier sind *zum einen* die arbeitsrechtlichen Sonderformen der Erwerbsarbeit zu nennen: u.a. die sog. Minijobs, die Leiharbeit und die Scheinselbständigkeit, aber auch die als Ein-Euro-Jobs bezeichneten Arbeitsgelegenheiten des Sozialgesetzbuchs II und die derzeit in einem Modellprojekt erprobte sog. Bürgerarbeit. Gleichberechtigte Integration durch abhängige Beschäftigung ist nur durch reguläre, sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit möglich. Arbeitsrechtliche Sonderformen können allenfalls dann gerechtfertigt werden, wenn sie als Brücken in diese reguläre Beschäftigungsform dienen – ein Anspruch, den sie, den vorliegenden empirischen Studien zufolge, gerade nicht erfüllen. Statt als Brücken haben sich die Sonderformen als Sackgassen erwiesen, in denen die Betroffenen in einer minderwertigen Form der Beteiligung an der Erwerbsarbeit eingeschlossen sind.

Zum anderen geht es um den Niedriglohn-Sektor, vor allem um Löhne, die so niedrig sind, dass auch ein Vollzeitjobs nicht zu einem auskömmlichen Lohn führt. Für ein den Standards unserer Gesellschaft entsprechendes menschenwürdiges Leben müssen die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz 100%-iger Erwerbsbeteiligung soziale Transfers (heute vor allem als sog. Aufstocker das ALG II) beantragen. Die Betroffenen nehmen das so wahr, dass die Wertschätzung ihrer Arbeit, ihres Beitrags zur Gesellschaft so gering ist, dass sie trotz eines „fulltime"-Engagements nicht genügend Lohn bekommen und deshalb doch von der Gesellschaft „alimentiert" werden müssen. Und wer ohne Gegenleistung der Allgemeinheit „auf der Tasche liegt", sieht sich nicht als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt. (…)

Gleichberechtigt integriert sein bedeutet in der deutschen Arbeitsgesellschaft also, eine reguläre Arbeitsstelle zu haben und für diese Arbeit ein Entgelt zu bekommen, von dem man den eigenen Lebensunterhalt und den der Seinen bestreiten kann, sodass man nicht von der Gesellschaft alimentiert werden muss. Bei Sozialtransfers, die zusätzlich zum Lohn gezahlt werden, ist für eine sozialethische Einschätzung entscheidend, ob der Eindruck entsteht, der Betreffende müsse trotz Erwerbstätigkeit von der Gemeinschaft „ausgehalten" werden. Dabei dürfte dieser Eindruck vor allem dann entstehen, wenn diese Transfers nicht als Gegenleistung für eine Leistung des Betreffenden wahrgenommen werden.

Aufgrund der skizzierten sozialethischen Überlegungen wird hier dafür plädiert, nicht nur den Vorschlag eines Mindestlohns, der seit neuestem im deutschen Parteienspektrum prinzipiell konsensfähig ist, umzusetzen, sondern ihn durch Weiterentwicklungen der bestehenden Grundsicherung und des Familienlastenausgleichs zu flankieren. *Erstens* ist die bestehende Grundsicherung, also die Sozialhilfe und das ALG II, zu verbessern. Dabei geht es darum, die Regelsätze so anzuheben, dass das soziokulturelle Existenzminimum der Erwachsenen und Kinder auch wirklich gedeckt wird. Auch nach der Erhöhung der Leistungen zum 1.1.2012 ist das ALG II noch um 15% bis 20% zu niedrig. *Zweitens* ist der Familienlastenausgleich im Bereich der unteren Arbeitseinkommen zu verbessern. Durch monetäre Transfers sollen für die Haushalte mit geringem Arbeitseinkommen wenigstens die Mindestkosten vollständig ersetzt werden, die für die Versorgung und Erziehung von Kindern entstehen. (…) Deshalb wird hier ein erster Schritt in Richtung eines gerechten Familienlastenausgleichs vorgeschlagen: die Einführung eines Extrakindergelds, das die gleiche Höhe wie das Kindergeld hat und zusätzlich zu dem bereits bestehenden Kindergeld an alle Haushalte mit geringem Arbeitseinkommen gezahlt wird. (In die gleiche Richtung ginge die u.a. vom DGB geforderte Reform des Kinderzuschlags.) Um eine Stigmatisierung der Transfer-Empfänger zu vermeiden, sollte das Extrakindergeld unabhängig von ALG II und Sozialhilfe vergeben werden. Außerdem sollte der Zugang – anders als bei dem nach wie vor kaum in Anspruch genommenen sog. Kinderzuschlag – durch keine nennenswerten bürokratischen Hürden verbaut werden. Das Extrakin-dergeld könnte z. B. direkt mit dem Kindergeld an alle Haushalte ausgezahlt werden, die bei der letzten Steuererklärung unter einer festzulegenden Einkommensgrenze lagen. (…) *Drittens* ist ein Mindestlohn einzuführen. Damit dieser in einer Höhe festgelegt werden kann, von der voraussichtlich kein negativer Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung ausgeht, muss dieser aber durch die skizzierten Verbesserungen des Familienlastenausgleichs flankiert werden. Nur dann, wenn mit der Einführung des Mindestlohns zugleich auch der Familienlastenausgleich entsprechend ausgebaut wird, ist ein Mindest-Stundenlohn vertretbar, der bei einer Vollzeitstelle nicht den Lebensunterhalt einer ganzen Familie abdeckt, sondern netto nur das – allerdings richtig berechnete – soziokulturelle Existenzminimum eines Alleinstehenden deutlich übersteigt.

(Auszüge aus der Broschüre: „Gerechter Lohn" (Kirche und Gesellschaft 385), Mönchengladbach 2011)

3.6 Religion und Kirche im Umbruch

THOMAS WAGNER

Deutschland, Europa, die Welt – sie werden weltanschaulich immer bunter. Neben den großen Weltreligionen (Juden, Muslime, Christen, Buddhisten, Hinduisten, Taoisten) finden wir geistlich „unbehauste“ Pilger, spirituelle Experimentalisten, postreligiöse Sinnsucher und Kulturkreative, Schamanen, Heiler, Gurus, aber auch friedliche wie aggressive Neoatheisten und Wissenschaftsgläubige. Es entfaltet sich ein breiter Markt von unterschiedlichen Sinnanbietern. Alle haben in unserer konsumistisch-kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft ein großes Anliegen: die Entfaltung der Welt und darin der Menschen. Alle streben auf dem Boden ihres „Glaubens“ nach Harmonie, persönlichem Glück, überwiegend auch nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Keine Angst: Es folgt kein wissenschaftlicher Grundlagenbeitrag zur Entwicklung der Weltanschauungslandschaft in Deutschland und darüber hinaus. Auch kein Ratgeber oder pastoraler Wegweiser. Sie lesen vielmehr einige eher assoziativ zusammengeworfene Mutmaßungen, eine Art spirituellen Essay. Er erhebt keinen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit. Vielleicht treffen die vorgetragenen Gedanken nur für mich selbst zu. Wenn sie den einen oder die andere anregen, schön!

Lange Zeit wurde in der religionssoziologischen Forschung die Auffassung vertreten, dass die Modernisierung der Gesellschaft zu einem Verschwinden der Religion führen werde. Dies entspricht auch der Alltagserfahrung vieler Katholiken und Katholikinnen in ihren Pfarreien. Wir werden weniger! Weniger Taufen, weniger Gottesdienstbesucher, weniger Aktive in der Pfarrei, weniger…. Dieser Prozess des Umbruchs sei unumkehrbar, irreversibel, so die Forscher. Das Ende der Religion und der auf sie gestützten Kirchen sei nur eine Frage der Zeit. Je moderner, desto säkularisierter!

Diese Abstiegserfahrung ist für viele Kirchenakteure prägend. Religiöse Teilhabe und gemeindliches Leben organisieren sich nicht länger in einer exklusiven Mitgliedschaft und lebenslanger Gefolgschaft.

Bereits Mitte der achtziger Jahre begann aber die Stichhaltigkeit der Säkularisierungsthese zu wanken und wurde als europäische Erfindung bezeichnet. Weltweite religiöse Wachstumsprozesse zeigen sich: in christlichen Pfingstbewegungen und im Islam; Untersuchungen weisen aus, dass insbesondere in den USA, in Lateinamerika und Asien Spiritualität als neue Form der Religion im Kommen sei und für Deutschland wird belegt, dass Religion im öffentlichen Raum und auch in der populären Kultur eine wachsende Bedeutung einnimmt. Spätestens der große Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung räumte mit dem Säkularisierungsmodell endgültig auf (2008). Auch die modernen Gesellschaften Europas und Nordamerikas haben ein außerordentlich hohes und konstantes religiöses Niveau. Einige Religionssoziologen sprechen nun von einer Wiederkehr der Religion. Dennoch zeigt sich gerade für Deutschland und andere Regionen Europas, dass Religiosität und Kirchlichkeit zunehmend auseinanderdriften. Die Kirchen schrumpfen, die außerkirchliche Religiosität wächst. Das religiöse Feld wird breiter und unschärfer, ohne deshalb zu verschwinden. Damit teilen die alten religiösen Institutionen das Schicksal aller Institutionen in liberal-kapitalistischen Gesellschaften. Die Menschen nehmen die Zuweisung von Deutungs- und Lebensmustern nicht mehr unbesehen hin. Ihr Verhältnis unterliegt heute stärker einer persönlichen Wahl. Religiöse Bindungen und religiöse Praktiken werden zusehends mehr zu individuellen Optionen – unabhängig von sich auflösenden Milieubindungen. Dies führt zu einer neuartigen religiösen Mobilität.

Das Ende der Religion ist also nicht in Sicht. Übrigens mit Sicherheit auch nicht das Ende der Kirchen, wenngleich sich aktuell ihre soziale Gestalt und ihr Umgang mit den Menschen tiefgreifend wandelt: in Richtung auf eine Wertschätzung des Anspruchs der Menschen auf verantwortliche Selbstleitung ihres Lebens. Die Traditionsabbrüche in der Weitergabe des Glaubens werden in den nächs-

ten Dekaden das Kirchenvolk weiter schrumpfen lassen. Diese Abstiegserfahrung wird sich verstetigen: Die katholische Kirche in Deutschland befindet sich auf dem Weg von der Macht zum Markt in einem materialistischen Kontext. Die spannende Frage dabei ist, wie sie sich in einer pluralen Gesellschaft als eine angebotsorientierte Dienstleistungsorganisation entwirft, ohne dem religiösen Markt, auf dem sie nun mitspielt, distanzlos und unkritisch zu verfallen.

Warum aber liegt den grundsätzlich spirituell bzw. auch religiös orientierten Zeitgenossen, die sich jenseits der verfassten Kirchen bewegen, soviel an Glaube und Kirche? Warum wird die Mitgliedschaft aufgekündigt und gleichzeitig betont, religiös zu sein?

Tief in jedem Menschen sitzt der unausrottbare Wunsch nach Wurzeln. Irgendwo will der Mensch heimisch sein. Umgekehrt bedroht uns gerade die aktuelle Wirtschafts- und Zivilisationskrise dermaßen, dass viele scheinbar stabile Faktoren unseres Lebens zu wackeln beginnen. Wir brauchen ein Dach nicht nur über unserem Körper, sondern ebenso über unserer Seele. Keine, keiner kann gänzlich unbehaust leben. Nun führt dieser Wunsch nach einem Dach über der Seele nicht gleich zur Religion und zu Gott. Vielmehr binden wir unseren Wunsch nach der Beheimatung an verschiedene Wirklichkeiten und erleben darin auch eine spurenhafte Stillung des Wunsches. Für viele sind Freundschaften, Paarbeziehungen, Familie, für manche auch Erwerbsarbeit ein solches Dach. Alle diese Wohnungen sind wichtig, erweisen sich aber auch als vorläufig; lassen die Ahnung wachsen, dass dahinter noch tiefere Gründe zu entdecken sind. Die Versprechungen unserer kapitalistischen Konsumgesellschaft sind recht kurzatmig und lassen allzu viele außen vor. Gerade hier verweist dann Religion auf ein verlässliches Dach für die Seele. Gott vergisst auch in der Nacht meines Scheiterns, meiner Einsamkeit, meines Todes meinen Namen nicht! Jesus ging heim zum Vater, um uns im Himmel eine Wohnung zu bereiten. Eben in dieser Hinsicht haben viele Zeitgenossen ein Verlangen nach Religion. Sie suchen ein bleibendes Dach über der Seele. Religion ist die verlässlichste Form des Wohnens ihrer Seele.
So kann Religion sehr wohl in der alten Sprache der Mystik beschrieben werden. Das griechische Wort Mystik kommt von myein, was soviel heißt wie staunend beschweigen. Von diesem Zeitwort leitet sich das Hauptwort mysterion ab. In unserer Sprache steht dafür das aufschlussreiche Wort Geheimnis. Dieses Bildwort deutet bereits auf Heim, Heimat und Wohnen hin. Was wir in unserem Alltag oft vergessen, ist, dass der Sinn des Geheimnisses nicht darin besteht, dass wir verstehen, sondern mit unserer Seele bewohnen. Ein Mystiker, eine Mystikerin ist dann gleichsam ein/e Geheimnisbewohner/in. Mystikern ist es geschenkt, inmitten der umbrüchigen, rasenden und chaotischen Welt im Geheimnis daheim zu sein, in jenem Geheimnis, das die Menschheit in einer alten Tradition des Betens und Klagens Gott nennt. Gerade in den angedeuteten Abstiegsprozessen wären unsere christlichen Kirchen an sich die geborenen Wegweiser in die Mystik. Dennoch sind sie heute arm an mystischen Erfahrungsräumen. Nur teilweise gelingt es in Gemeinden und kirchlich-caritativen Projekten, an der not-wendigen De-Privatisierung der Religion zu arbeiten, um im Geheimnis heimisch zu werden. Entgegen dem Megatrend der Vereinzelung in unserer kapitalistischen Leistungsgesellschaft ist aber Kirche immer noch ein Primärakteur, der sich um die De-Privatisierung von Religion kümmert. Sie könnte hier noch stärker werden!

Der Christ – innerhalb und außerhalb der verfassten Kirche – wird ein Mystiker sein. Oder er wird nicht sein (Karl Rahner). Auch die Kirche der Zukunft wird mehr als heute mystisch sein. Das erste, was die Kirchen den Menschen zugänglich machen werden, sind dann nicht Wissensgebäude, sondern sind Erfahrungsräume. Die Kirchen, wenn auch kleiner an Zahl und Menge, werden alsbald selbstbewusst lernen, dass sie in all dem, was sie tun, in ihrem diakonischen Engagement, aber auch in ihrer Liturgie und Verkündigung, mystische Erfahrungsräume eröffnen, in denen Menschen ein Dach über ihrer Seele finden. Das wird aber nur dann gelingen, wenn die Kirchen ein zugängliches und einladendes Anwesen Gottes sind. Immanuel, Gott mit uns, ist deshalb eine biblische Kernformel für das Wesen der Kirche.

(Erschienen in: Blick der Hoffnung Ordenszeitschrift der Armen Dienstmägde Jesu Christi 2011)

4 Partner und Projekte

4.1 Jahrbuch Gerechtigkeit

Das Jahrbuch Gerechtigkeit stellt ein ökumenisches Projekt von rund 30 kirchlichen Organisationen und Werken dar. Das NBI arbeitet seit dem Start 2004 im Herausgeberkreis mit. Thematische Zielsetzung dieses Projektes ist es, die Problematik von Armut und Reichtum sowie die damit verbundenen sozialethischen und sozialpolitischen Fragen in nationalen, europäischen und globalen Zusammenhängen durchzubuchstabieren.
Anfang 2012 erscheint das fünfte Jahrbuch Gerechtigkeit. Das Thema lautet dieses Jahr „Menschen – Klima – Zukunft. Wege zu einer gerechten Welt“. Es soll zugleich den Auftakt für einen breiten ökumenischen Konsultationsprozess darstellen, der in den Jahren 2012 und 2013 darauf abzielt, einen offenen Suchprozess nach kirchlichen Beiträgen zum Umbau der Wirtschaftsweise hin zu einer postfossilen Ökonomie einzuleiten.

4.2 Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen

Seit Anfang 2007 arbeitet das NBI, im „Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Hessen“ mit. Dieses Bündnis besteht aus dreißig hessischen Initiativen und sozialen Organisationen mit gewerkschaftlichem, kirchlichem oder wohlfahrtsverbandlichem Hintergrund. Ziel ist es, sich gemeinsam in die landespolitischen Debatten zur Sozialpolitik einzumischen. Höhepunkte der Bündnisaktivitäten im Jahr 2011 waren die Vorbereitung und Durchführung des 6. Hessischen Sozialforums am 12.2.2011 im „Haus am Dom“ in Frankfurt. Unter dem Motte „Würde für alle!“ ging es um die Themen Armut, Arbeitslosigkeit, Schuldenbremse und Bildungsnotstand.

4.3 Ökumenische Arbeitsgemeinschaft sozialethischer Institute

Am 21.-22.1.2011 traf sich die Ökumenische Arbeitsgemeinschaft sozialethischer Institute (ÖAsI) in Frankfurt zu ihrer Jahrestagung. Thema war dieses Mal: „Postdemokratie – Radikale Demokratie?“ Aus dem NBI referierte dieses Mal Friedhelm Hengsbach, sein Thema war: „Soziale Ungleichheit, Demokratie und Integration“.

Zur Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft gehören neben dem NBI das Institut für Christliche Sozialwissenschaften und das Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften (beide Münster), das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (Hannover), das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover (FIPH), das Institut für Wirtschafts- und Sozialethik (Marburg), das Institut für Theologie und Sozialethik (Darmstadt) und das Berliner Institut für christliche Ethik und Politikberatung.

4.4 Workshop Ethik

In der Tagungsreihe „Workshop Ethik“, die Grundlagenfragen der ethischen Reflexion gewidmet ist (vgl. www.workshopethik.de), fand der neunte Workshop vom 14. bis 16. März 2011 in der Evangelischen Akademie in Schmitten-Arnoldshain (Taunus) statt. Etwa 30 junge Vertreterinnen und Vertreter der philosophischen und der theologischen Ethik setzten sich mit Gerechtigkeitstheorien auseinander. Mit den Nachwuchswissenschaftler/-innen und den Workshop-Veranstaltern diskutierten u.a. die Professoren Dr. Peter Koller, Dr. Detlef Horster, Dr. Peter Dabrock und Dr. Corinna Mieth. Vom Nell-Breuning-Institut nahmen Bernhard Emunds, Thomas Wagner und Wolf-Gero Reichert teil. Letzterer referierte über Gewirths Konzept von Wirtschaftsdemokratie. Die Tagungsreihe ist ein Kooperationsprojekt der Evangelischen Akademie Arnoldshain, der Katholischen Akademie Rabanus Maurus, des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover, der Abteilung Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz und des NBI.

4.5 Europäische Akademie der Arbeit

Die Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt ist eine vom DGB und vom Land Hessen getragene Einrichtung, die jungen Funktionsträgern im Betrieb (Personal- und Betriebsräte) die Möglichkeit bietet, in einem Zeitraum von knapp einem Jahr ein transdisziplinäres Vollzeitstudium zu absolvieren. Die Sankt Georgener Tradition, in diesem arbeitsweltorientierten Studium Sozial- und Wirtschaftsethik zu dozieren, geht auf das Jahr 1948 zurück, als Pater von Nell-Breuning an der Akademie der Arbeit seinen ersten Kurs gab. Beim 76. Jahrgang (2011/2012) haben Wolf-Gero Reichert und Markus Demele den Kurs „Normative Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ durchgeführt.

EUROPÄISCHE AdA
EUROPÄISCHE AKADEMIE DER ARBEIT
IN DER UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

4.6 Frankfurter Forum für Ethik der Finanzpraxis

Das Frankfurter Forum für Ethik der Finanzpraxis veranstaltete im dritten Jahr seines Bestehens eine große öffentliche Veranstaltung im Haus am Dom. Prof. Urs Stäheli (Institut für Soziologie, Hamburg), Dr. Günter Birnbaum (Abteilungspräsident Wertpapieraufsicht bei der BaFin), Prof. Gerhard Illing (Seminar für Makroökonomie, LMU München), Dirk Müller (freier Börsenmakler) und Dr. Gerhard Schick (MdB und Finanzmarktexperte Bündnis 90/Die Grünen, Berlin) „stritten“ sich darum, was nun als gute Spekulation, was als schlechte Spekulation zu gelten habe.

Kern des Forums war auch im Jahr 2011 der interne Austausch, dessen Inhalte u.a. der verantwortliche Umgang mit Finanzmarktrisiken (Impuls: Simone Heinemann), die Eurokrise und andere Verschuldungskrisen in historischer Perspektive (Impuls: Prof. Paul-Günter Schmidt), neue Regeln für die Bankenregulierung (Impuls: Dr. Klaus Düllmann) und die Möglichkeiten und Grenzen der Selbststeuerung durch Finanzmarktteilnehmer (Impuls: Wolf-Gero Reichert) waren. Das Forum wird von der Frankfurt School of Finance & Management, der Katholischen Akademie Rabanaus Maurus und dem NBI getragen.

5 Publikationen

5.1 Frankfurter Arbeitspapiere zur gesellschaftsethischen und sozialwissenschaftlichen Forschung

2011 sind zwei neue FAgsF erschienen. Beide – und alle anderen – Arbeitspapiere können im Institut bestellt oder kostenlos auf unserer Webseite im Bereich *Publikationen* geladen werden.

FAgsF 59
Missionierende Sozialverkündigung?

Kritische Bemerkungen zur Kernbotschaft von Caritas in Veritate
von Bernhard Emunds

Als Papst Benedikt XVI. im Sommer 2009 die Sozialenzyklika Caritas in Veritate veröffentlichte, fand sie im deutschsprachigen Raum kaum positive Resonanz. Nach einem halben Jahr stellte der Vorsitzende der deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Stephan Ackermann, fest, „dass der öffentliche Diskurs und Teile der Politik mit der Enzyklika und ihrer Kernbotschaft ‚fremdeln'". Besonders enttäuscht zeigten sich – bis auf wenige Ausnahmen – die Vertreterinnen und Vertreter des Fachs Christliche Gesellschaftsethik. Und das aus gutem Grund! Die Zentralaussage von Caritas in Veritate weicht deutlich von dem theologisch-sozialethischen Profil ab, das die universalkirchliche Sozialverkündigung in den letzten 45 bis 50 Jahren entwickelt hat. Aus Sicht der meisten Sozialethikerinnen und Sozialethiker unterbietet sie das dort bereits erreichte Reflexionsniveau bezüglich der Gestaltung von Institutionen, des Verhältnisses zwischen Kirche und säkularer Gesellschaft sowie der Mitwirkung von Christen und kirchlichen Organisationen an der Lösung sozialer und internationaler Probleme.

FAgsF 60
Gerechtigkeit – ein Spiel mit handlungsfähigen Mitspielern?

Wirtschaftsethik zwischen F.A. von Hayek und Alan Gewirth
von Wolf-Gero Reichert

Menschen versuchen seit jeher, gegen die unberechenbaren Schwankungen ihrer natürlichen und sozialen Umwelt kooperative Institutionen zu errichten, um die Auswirkungen von Zufall und Zeit möglichst gering zu halten. Die Sozialethik bzw. die politische Philosophie kann man als Reflex auf diese Regelungsversuche verstehen: Die Auswirkungen des unberechenbaren Schicksals sollen nicht nur effektiv, sondern auch auf gute oder gerechte Weise minimiert werden. Frühe Beispiele hierfür sind verschiedene Fürstenspiegel oder auch Psalm 72. Ein solches Denken erlebt in den letzten Jahrzehnten eine Renaissance, seit es von John Rawls mit dem paradigmatischen Einführungssatz zu seiner „Theorie der Gerechtigkeit" erneut angestoßen wurde: „Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen, so wie die Wahrheit bei Gedankensystemen."

5.2 Neue Bücher

Das Kreuz mit der Arbeit.
Politische Predigten
von Friedhelm Hengsbach SJ

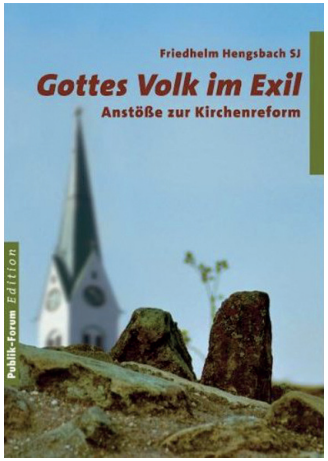
„Der Mensch ist zum Arbeiten geboren wie der Vogel zum Fliegen“ behauptet Martin Luther, von der Arbeit sterbe kein Mensch. Papst Johannes Paul II. nennt die Arbeit eine „fundamentale Dimension der Existenz des Menschen auf Erden“, der Wert jeder Arbeit gründe in der Würde der Person, die sie leistet. Aber gilt das auch für die Erwerbsarbeit unter finanzkapitalistischen Bedingungen, für prekäre Arbeitsverhältnisse mit einem Lohn an der Armutsgrenze, für Arbeitslose, die danach sortiert werden, ob sie beschäftigungsfähig und wirtschaftlich verwertbar sind? Und nicht nur auf ihnen lastet das Kreuz der Arbeit, auch auf Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, auf Frauen, die auf Abruf bereit stehen, auf Betriebsräten, die sich gegen die Insolvenz des Unternehmens stemmen, auf Managern, die von Termin zu Termin jagen. Wer trägt ihr Kreuz mit? Wer nimmt es ihnen ab? In den politischen Predigten werden biblische Texte ausgelegt und in der Konfrontation mit zeitgemäßen Fragestellungen erschlossen – u.a. mit geschichtlichen und aktuellen Sinnbildern menschlicher Arbeit, der Lohngerechtigkeit, den Niederlagen und Siegen der Arbeiterbewegung, dem Geldgewinn und Zeitnotstand, der Gleichstellung der Männer und Frauen in der Arbeit, der Schieflage der Verteilung, dem Versagen der Finanzeliten sowie dem Anspruch und der Realität kirchlicher Arbeitgeber.

ISBN-13: 978-3170195271

Gottes Volk im Exil.
Anstöße zur Kirchenreform
von Friedhelm Hengsbach SJ

2010 war ein schwarzes Jahr für die katholische Kirche in Deutschland. Die Zahl der Kirchenaustritte ist in diesem Jahr sprunghaft gestiegen. Zum ersten Mal seit sechzig Jahren kehrten mehr Katholiken ihrer Kirche den Rücken, als evangelische Christen ihre Kirche verließen. Die eruptive Aufkündigung der Mitgliedschaft ist ein untrügliches Alarmsignal dafür, dass der sexuelle Missbrauch und die gewalttätigen Übergriffe kirchlicher Amtsträger, die während des Jahres aufgedeckt wurden, die katholische Kirche weit heftiger durchgeschüttelt haben, als dies 1968 durch das päpstliche Verbot der künstlichen Empfängnisverhütung oder 2006 durch das Diktat des Vatikans, aus der Beratung in Schwangerschaftskonflikten auszusteigen, je erreicht wurde. Wut und Empörung hat auch diejenigen gepackt, die in der Kirche geblieben sind. Es mag ihnen noch jetzt kalt den Rücken hinunterlaufen, wenn sie sich jene Ereignisse konkret vorstellen, die über den verbrecherischen Umgang kirchlicher Funktionsträger mit Kindern und Jugendlichen bekannt geworden sind. Nicht weniger verwerflich waren auch die Versuche, die Vergehen unter dem Mantel einer quasi-familiären Club-Atmosphäre zu verbergen, sowie das Schweigen derjenigen an höherer Stelle, die von diesen skandalösen Vorfällen wussten, sie vertuscht und die Mitwisser dieser schändlichen Taten gedeckt haben. Die Reaktionskette der kirchlichen Oberen glich denjenigen von Parteien und Konzernen: Erst wird verschwiegen, vertuscht und geleugnet, dann eingeräumt und ausgeräumt. Ihnen war das gute Image der Institution wichtiger als das Leiden der Betroffenen. Zum Glück ist die Mauer des Schweigens durchbrochen worden. Verantwortliche Entscheidungsträger hatten endlich den Mut, die Opfer von einst aufzufordern, dass sie aufstehen, ihre Stimme erheben und Gerechtigkeit einfordern. Aber wie kirchenrechtlich in Zukunft rigoros mit solchen Vergehen umgegangen wird bis zum Verbot der Amtsausübung und Amtsenthebung, bleibt bisher noch offen.

ISBN-13: 978-3880952164



Ethik der Entwicklung.
Sozialethische Perspektiven
in Theorie und Praxis

von Markus Demele, Michael Hartlieb, Anna Noweck (Hg.)

Gerechtigkeitsdiskurse gehören zu den klassischen Themen der Philosophie; denn sie untersuchen, was jedem Menschen für ein gesellschaftlich angemessenes Überleben zugestanden werden muss. Diese Suche nach Gerechtigkeit erfolgt heute in einer radikal globalen Perspektive, da das Nebeneinander von Überfluss und tödlicher Not durch Medien, moderne Kommunikationsmöglichkeiten und vernetzte Ökonomien für jeden Menschen sichtbar und erfahrbar ist. Unter dem Schlagwort „Entwicklung“ treten die Ergebnisse und Auswirkungen des Gerechtigkeitsdiskurses für das Leben des Menschen deutlich hervor. Sie betreffen dabei nicht nur den Bereich der Politik sondern sie erhellen auch in grundlegender Weise die Suche nach normativen Ordnungen für das Zusammenleben von Menschen auf der ganzen Erde. Dieser Tagungsband bietet zunächst eine theoretisch-anthropologische Grundlegung, die den weiten Begriff der Entwicklung vor allem in der Auseinandersetzung mit T. W. Pogge pointiert. Daran schließt sich eine Diskussion an, die zum einen die Diskurse um Nachhaltigkeit und Umweltethik aufnimmt und zum anderen interkulturelle Perspektiven vorstellt, die die Relevanz der Vermittlung zwischen divergierenden Konzepten guten Lebens in der Entwicklungszusammenarbeit deutlich machen.

ISBN-13: 978-3402106358

Alle Bücher können über den Buchhandel oder direkt im Nell-Breuning Institut bestellt werden.

5.3 Weitere Veröffentlichungen

Markus Demele

Dach, nicht Regenschirm für globale Arbeitnehmerrechte. Die Decent Work Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation in: Amosinternational 2/2011, 36-41.

Rerum Novarum - der erste Schritt für menschenwürdige Arbeit heute, in: ksoe Dossier 2011 04 „Soziallehre in Bewegung“, April 2011.

Der Papst korrigiert die ökonomische Vernunft (26.09.2011). Gemeinsamer Gastbeitrag mit Wolf-Gero Reichert in: Handelsblatt, Nr. 186, 11.

Genossenschaften fördern (11/2011). Gemeinsamer Gastbeitrag mit Wolf-Gero Reichert in: Genossenschaftliche Allgemeine, Ausgabe 2/2011, 2.

Wolf-Gero Reichert

Finanzwirtschaft im Dienst des Gemeinwohls. Was bedeutet Nachhaltigkeit aus sozialethischer Sicht für das Finanzsystem? In: Stimmen der Zeit, Heft 4, Band 229, April 2011, S.239-249.

Immer am Limit? Wirtschaft braucht Moral (13.03.2011). In: Katholisches Sonntagsblatt, Ausgabe 11/2011, 10-12.

Öffentliche Pleite - privater Reichtum? Wirtschaftsethische Anmerkungen. In: BDKJ magazin Fulda, 8. Jg., 2/2011, 6-7.

Der Papst korrigiert die ökonomische Vernunft (26.09.2011). Gemeinsamer Gastbeitrag mit Markus Demele, in: Handelsblatt, Nr. 186, 11.

Europa und die schwäbische Hausfrau. Wirtschaftsethische Anmerkungen zur globalen Finanzkrise (10/2011). In: Frau und Mutter. Zeitschrift der kfd, Ausgabe 11/2011, 6-9.

Genossenschaften fördern (11/2011). Gemeinsamer Gastbeitrag mit Markus Demele, in: Genossenschaftliche Allgemeine, Ausgabe 2/2011, 2.

Stellungnahme des Nell-Breuning-Instituts zur Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags am 4. Juli 2011. Gemeinsam mit Bernhard Emunds in: Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode: Finanzausschuss Wortprotokoll, 56. Sitzung (Protokoll 17/56), BT-Drs. 17/6313, Berlin 2011, 116-125.

Bernhard Emunds

Die Finanzkrise rührt an die Grundlagen der Wirtschaftsordnung, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik 55 (2011), 21-35.

Die Finanzwirtschaft – kein Selbstbedienungsladen! Die Finanzkrise wirft grundlegende Fragen an die Wirtschaftsordnung auf, in: Johannes Wallacher und Matthias Rugel (Hg.) Die globale Finanzkrise als ethische Herausforderung (Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur 20), München: Kohlhammer 2011, 134-155.

Was verstehen die Päpste vom Kapitalismus? Einige Beobachtungen zu den beiden ersten Sozialenzykliken, in: Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik Sonderheft 2011.

Stellungnahme des Nell-Breuning-Instituts zur Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags am 4. Juli 2011. Gemeinsam mit Wolf-Gero Reichert in: Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode: Finanzausschuss Wortprotokoll, 56. Sitzung (Protokoll 17/56), BT-Drs. 17/6313, Berlin 2011, 116-125.

Gerechter Lohn. Ein Plädoyer für den Mindestlohn und ein Extrakindergeld (Kirche und Gesellschaft 385), Mönchengladbach: Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle.

Finanzethik in Zeiten der Finanzmarktkrise, in: Wolfgang Harbrecht (Hg.): Genossenschaftsbanken in und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wissenschaftliches Symposium zum 60. Geburtstag des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesens an der Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg: Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen 2011, 37-50.

Leitbild „Soziale Marktwirtschaft“ hat große Schattenseiten, in: LAND aktiv. Die Zeitschrift für engagierte Christen auf dem Land 2011/1, 13.

Wir brauchen mehr Güter zur gemeinsamen Nutzung. Wie steuern wir den Fehlentwicklungen der „Sozialen Marktwirtschaft“ entgegen?, in: Katholisches Sonntagsblatt (Ausgabe 14/2011), S. 42f.

Arbeiterfrage reloaded. 120 Jahre nach Rerum Novarum, in: AmosInternational 2011/2, 3f.

Betreuung des Heftes „AmosInternational 2011/2“ zum Thema Erwerbsarbeit aus Anlass der 120-Jahrfeier von Rerum Novarum.

Friedhelm Hengsbach SJ (Auswahl),

Religiös jenseits konfessioneller Kirchen?, in: Zoon politikon 1/2011 Zürich, 7-9.

Ein weltweites Finanzsystem in Balance, in: Gabriel, Ingeborg / Schwarz, Ludwig (Hg.): Weltordnungspolitik in der Krise, Paderborn: Schöningh 2011, 147-160.

Die Caritas in einer dreifachen Marktfalle, in: Caritas konkret. Eine Zeitschrift des Caritasverbandes für die Stadt Köln, 1/2011,10.

Hartz IV – ein Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten, in: DGB-Bundesvorstand (Hg): Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Jahrbuch 1-6/2010, DGB-Bundesvorstand, Redaktion Gegenblende: Berlin 2011, 153-158.

Wohlfahrtsverbände zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum – Wer kann, wer will aus der Krise lernen?, in: Feldmann, Johannes und Jensen, Christian (Hg.): Wohin steuert die Altenhilfe? Gesellschaftliche Akzeptanz und Grenzen der Leistungserbringung auf dem Sozialmarkt. Lobetaler Fachtag zur Altenhilfe 2010, Bernau: Hoffnungstaler Stiftung Lobetal 2011, 8-32.

Die politische Dimension kirchlichen Handelns. Systematische Zugänge, in: Dingel, Irene / Tietz, Christiane (Hg.): Die politische Aufgabe der Religion. Perspektiven der drei monotheistischen Religionen, Göttingen: Vandenhoek & Ruprecht 2011, 179-196.

„Moral an die Börse“ (G. Soros)? – Der Finanzkapitalismus unter dem Anspruch der Gerechtigkeit, in: Brudermüller, Gerd / Fuhrmann, Rudolf (Hg.): Verantwortung und Moral in der Wirtschaft – mehr als ein frommer Wunsch?, Würzburg : Verlag Königshausen & Neumann 2011, 97-115.

Die im Dunkeln werden übersehen, Im Gespräch mit Jörg Hildebrandt, in: Hildebrandt, Jörg und Frauke (Hg.): Gespräche unter Deutschen. Von der Wiedervereinigung geteilter Meinungen, Berlin : verbum 2011, 151-165

6 Das NBI in den Medien

Das Nell-Breuning-Institut versteht sich nicht nur als wissenschaftliche Forschungseinrichtung, sondern auch als Akteur der Zivilgesellschaft, der versucht, auf politische Prozesse einzuwirken. Die Anfragen verschiedener Medien geben den Mitarbeitern des Instituts Gelegenheit dazu, die Analysen und Reflexionen des Instituts in die politische Öffentlichkeit einzuspeisen. Hier finden Sie eine Auswahl zur Medienpräsenz des NBI im Jahr 2011. Alle Beiträge können auch auf der Webseite **www.sankt-georgen.de/nbi/medien** abgerufen werden.

manager magazin

DIE ZEIT

Handelsblatt

6.1 Zeitungen und Zeitschriften

Zu Beginn des Jahres gab *Bernhard Emunds* in der ersten Januarausgabe 2011 des **Manager Magazins** ein Interview in dem er die katholische Perspektive der Kapitalismuskritik darlegte: „Eigentum muss der Gesellschaft dienen“.

Die Frage „Wie viel Moral braucht die Wirtschaft?“ eröffnete *Wolf-Gero Reichert* im April im **Sonntagsblatt**, dem Magazin der Diözese Rottenburg-Stuttgart, eine kleine Serie über brennende Themen der Wirtschaftsethik, in der bspw. Klaus Gabriel zum ethikbezogenen Investment, Friedhelm Hengsbach zur Frage gerechter Entlohnung und Bernhard Emunds zur Zukunft der sozialen Marktwirtschaft Stellung bezogen haben.

Im Teil „Christ und Welt“ der Wochenzeitung **DIE ZEIT** wurden *Bernhard Emunds* Perspektiven auf „ethische Investments“ dargestellt. „Edel sei das Geld, hilfreich und gut“ der Titel des Artikels von Stefan Deges im Juni 2011.

Im August schrieb *Wolf-Gero Reichert* im **Magazin des BDKJ** einen Artikel „Öffentliche Pleite - Privater Reichtum?“ und erläuterte normative Fragen der Schuldenkrise in der EU.

Im September veröffentlichte das entwicklungspolitische Magazin **Welt-Sichten** ein von Misereor betreutes Dossier mit dem Titel „Abschied vom Wachstum?“, u.a. mit einem Interview mit Bernhard Emunds.

Wie auch im letzten Jahr kommentierten *Markus Demele* und *Wolf-Gero Reichert* im **Handelsblatt**. Dieses Mal analysierte sie die Rede des Papstes im Bundestag: „Der Papst korrigiert die ökonomische Vernunft“ im September 2011. Ebenfalls gemeinsam verfassten sie im November einen Beitrag für die neue **Genossenschaftliche Allgemeine Zeitung**: „Genossenschaften fördern“.

6.2 Radio

Im Februar sprach *Friedhelm Hengsbach* im **ORF** zum „Demografischen Wandel und die Solidarität der Generationen“ und beleuchtete Fragen der Generationengerechtigkeit auf. Im Juni war er zu Gast in der **NDR Redezeit** und wurde gefragt „Was heißt hier Wohlstand?“.

2011 feierte die Enzyklika „Laborem Exercens“ ihren 30. Geburtstag. Im September wurde *Bernhard Emunds* im **WDR5** zu den Inhalten des Textes befragt. Der gleiche Sender brachte bereits im August ein sehr hörenswertes Portrait von „Oswald von Nell-Breuning, dem Kirchenökonomen“.

Das Kölner **DomRadio** strahlte im September in der Sendereihe „Zur Person“ ein langes, persönliches Interview mit *Friedhelm Hengsbach* aus. *Bernhard Emunds* erklärte anlässlich des „20. Todestags von Oswald von Nell-Breuning“ bereits im August die Bedeutung des Erbes Nell-Breunings für Kirche und Sozialethik heute. Zuvor wurde dort im Juli *Markus Demele* im Mittagsmagazin zum Zusammenhang von „Euro-Rettung und Hungerkatastrophe in Ost-Afrika“ interviewt.

Mehrfach waren Mitarbeiter des Instituts im deutschen Programm von **Radio Vatikan** zu hören: Im Juli machte *Wolf-Gero Reichert* einen „Zwischenruf zur Eurokrise“. *Bernhard Emunds* wurde im Oktober zur „Schuldenkrise in Griechenland“ und im Dezember zu den „Folgen der Finanzkrise für den europäischen Einigungsprozess“ interviewt. *Friedhelm Hengsbach* würdigte im November das Papier von Justitia et Pax zur Finanzkrise.

6.3 TV und Online

Das Stadtgespräch im **hr-Fernsehen** stand im Mai unter dem Titel „Arme Arbeiter- reiche Finanzhaie“. Mit Norbert Blüm, Dirk Müller und Udo Steffens diskutierte *Wolf-Gero Reichert* über die Spannung zwischen hohen Kapitelrenditen und der Reallohnentwicklung.

Der Internetauftritt des **Deutschen Ethikrats** zeigt ein Video seiner Jahrestagung vom Juni 2011, bei der *Bernhard Emunds* u.a. mit Thomas Pogge zum Thema der Ernährungssicherheit diskutiert. Ebenfalls online, im **Web-TV des Deutschen Bundestages** findet sich ein Video aus dem Juli 2011, in dem *Bernhard Emunds‘* Stellungnahme bei der „Bundestagsanhörung zur Stabilisierung der Finanzmärkte“ zu sehen ist.

Die Besetzung des Platzes vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt begann 2011 als Teil der internationalen „Occupy-Bewegung“. Im **hr-Fernsehen** konnte *Bernhard Emunds* im November seine Einschätzung der Ziele und Anliegen der Aktivisten erklären.

Das **ARD-Magazin Panorama** brachte im Dezember eine Reportage über die Geschäfte eines deutschen Einzelhandelsriesen. In „Die Akte Tengelmann“ wurde auch *Friedhelm Hengsbach* um eine Analyse der Finanzialisierung der Realwirtschaft gebeten.

7 Wer mehr wissen will…

7.1 Rechenschaftsbericht 2011

Wenn Sie noch mehr über die Aktivitäten der einzelnen Mitarbeiter des Instituts im Jahr 2011 erfahren möchten, empfehlen wir Ihnen einen Blick in den *Rechenschaftsbericht 2011*. Er ist eine Ergänzung zu diesem Jahresbericht und gibt eine Übersicht über alle Vorträge der Mitarbeiter und ihre Lehrtätigkeit an der Hochschule Sankt Georgen, an der FH und der Universität Frankfurt am Main. Zudem finden Sie dort eine Zusammenschau aller Gremien in Hochschule und Wissenschaft, Kirchen und Verbänden, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, in denen Institutsmitarbeiter vertreten sind.

7.2 Newsletter

Seit dem Jahr 2008 versendet das Nell-Breuning-Institut 2-3mal im Jahr einen Email-Newsletter und informiert über aktuelle Themen und Veröffentlichungen, Termine und Personalien aus der Frankfurter Wirtschaftsethik. Wir freuen uns über die steigenden Abonnentenzahlen und die vielen positiven Rückmeldungen über dieses Format. Wer den Newsletter bestellen möchte, kann dies mit einer Email an *newsletter@nell-breuning-institut.de* tun.

Von: Nell-Breuning Institut Newsletter [mailsonnewsletter@nell-breuning-institut.de]
Gesendet: Dienstag, 29. November 2011 13:38
An: 'Nell-Breuning Institut Newsletter'
Betreff: Newsletter 3/2011 aus dem Nell-Breuning Institut Frankfurt am Main

Sollte der Newsletter nicht korrekt dargestellt werden, wechseln Sie bitte zur Browseransicht!

OSWALD VON NELL-BREUNING INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSETHIK DER PHILOSOPHISCH-THEOLOGISCHEN HOCHSCHULE SANKT GEORGEN

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Management der Europäischen Schuldenkrise hält das politische System in Atem, beschränkt massiv die Möglichkeiten, andere politische Aufgaben weiter zu verfolgen. Finanzinstitute und institutionelle Anleger waren Hauptverursacher der Finanzkrise und sind auf verschiedene Weise mitverantwortlich für die Schuldenkrise. Trotzdem gerieren sie sich als unbestechliche Experten und zeigen den - scheinbar unfähigen - Regierungen, wo es fiskalpolitisch langgeht. Die Logik der Demokratie - die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger verbessern, Verschlechterungen verhindern - und die Logik von Kreditbeziehungen - Erhalt der kreditwürdigkeit um jeden Preis - stehen immer eindeutiger gegeneinander.

In den letzten Monaten haben sich die Mitarbeiter des Instituts vor dem Megathema Schuldenkrise nicht "gedrückt" - und haben doch zugleich auch an Beiträgen zur sozialethischen Orientierung für andere politische Herausforderungen weiter gearbeitet.

Wir hoffen, die eine oder andere Info dieses Newsletters "verführt" Sie/Euch dazu, einem Link zu folgen und wünschen Ihnen/Euch alles Gute für die Adventszeit und die letzten Wochen des Jahres.

Bernhard Emunds

NBI Standpunkt: *Sündenbock Griechenland*

von *Friedhelm Hengsbach*

Das biblische Sündenbock-Ritual findet offenbar in Krisenzeiten beständige Nachahmer: Vergehen einzelner oder Strukturfehler werden symbolisch einem Ziegenbock aufgeladen, den ein Priester anschließend in die Wüste, an den Ort der Dämonen jagt. Die Gesellschaft empfindet sich danach entlastet und jeder Verantwortung entbunden. Die Fixierung der deutschen Öffentlichkeit auf Griechenland als "Defizitsünder" und "Sündenbock" ist eine Fehlreaktion und die Folge fahrlässiger Desinformation durch die politische Klasse. Sie macht die Opfer zu Tätern. So genannte Täter sind indessen nicht nur unter den peripheren Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten zu suchen.
Auch Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen - wie Deutschland - sind Bestandteil der Krise. Sowohl die deutschen Gewerkschaften und ihre zurückhaltende Lohnpolitik als auch die Regierungen, welche die Arbeitsverhältnisse entregelt und solidarische, umlagefinanzierte Sicherungen demontiert haben, tragen zu den regionalen Ungleichgewichten und zur Schieflage der Gläubiger- und Schuldnerpositionen im Euroraum bei. Die politischen und finanzwirtschaftlichen Eliten sind auf das Gläubiger-Schuldner-

www.sankt-georgen.de/nbi

7.3 Internet

Immer auf dem Laufenden über aktuelle wirtschafts- und gesellschaftsethische Forschungen aus Frankfurt bleibt man auch online. Sämtliche Veröffentlichungen, Forschungsprojekte, Medienbeiträge und Lehrveranstaltungen finden sich auf der Webseite www.sankt-georgen.de/nbi. Dort können aktuelle Informationen z.B. zu Veranstaltungen und Call for Papers über einen RSS-Feed abonniert werden.

Für manchen gehört der tägliche Blick auf die Neuigkeiten beim sozialen Netzwerk Facebook zum TagesablaufViele Nutzer lassen sich tagesaktuell über interessante Artikel und Veranstaltungen aus dem Nell-Breuning-Institut informieren.

OSWALD VON NELL-BREUNING
INSTITUT

FÜR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSETHIK

DER PHILOSOPHISCH-THEOLOGISCHEN HOCHSCHULE SANKT GEORGEN

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany

Tel. 069 6061 230
Fax 069 6061 559

eMail nbi@sankt-georgen.de
Internet www.sankt-georgen.de/nbi